

## **AGEZ-PRESSEINFORMATION**

**Ttl: Tsunami-Flutkatastrophe in Südostasien als Chance für Erhöhung der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit (0,7%)**

**Utl: 2005 – Wendepunkt bei der Bekämpfung der weltweiten Armut?**

**Wien, 11. Jänner 2005 – Die Tsunami-Flutkatastrophe ist ein doppeltes Unglück: sie hat nicht nur Millionen Menschen in Südostasien in akute Not gestürzt, sondern es ist zu befürchten, dass sie viel Geld bindet und es dadurch in afrikanischen Elendsgebieten südlich der Sahara zu gefährlichen Engpässen in der Entwicklungszusammenarbeit kommen könnte.**

Viele der in der AGEZ (Dachverband von 30 entwicklungspolitischen NGOs in Österreich) zusammengeschlossenen Organisationen engagieren sich seit Jahren mit Projekten in den von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen in Südostasien und sammeln nun zusätzliche Spenden, um die notwendige und wichtige Katastrophen- und humanitäre Hilfe für die Flutopfer leisten zu können. Die Spendenbereitschaft und das Spendenaufkommen durch die österreichische Bevölkerung sind großartig. Die AGEZ erwartet sich dieses Verständnis und eine ausreichende Dotierung für die langfristige Entwicklungszusammenarbeit dementsprechend auch von der Österreichischen Bundesregierung.

### **Zusagen der Regierung kommen aus welchen Budgettöpfen?**

Die AGEZ begrüßt die jüngste Zusage von Bund, Ländern und Städten, 50 Mio. Euro für Nothilfe und Wiederaufbaumaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die NGOs hoffen jedoch, dass die von der Regierung zugesagten Finanzmittel für die Flutopfer aus zusätzlichen Budgets finanziert werden und nicht aus dem ohnehin schon knapp dotierten Entwicklungszusammenarbeits-Budget. Um diesbezügliche Zweifel auszuräumen fordern die NGOs im Sinne der Transparenz eine detaillierte Aufschlüsselung der zugesagten Hilfsmittel und ihrer Finanzierungsquellen.

### **Tragische Flutkatastrophe: trauriger Anlass für Notwendigkeit für mehr Entwicklungszusammenarbeit**

Die Organisationen hoffen, dass die tragische Flutkatastrophe zu einem Umdenken bei den EntscheidungsträgerInnen führt und die Notwendigkeit nach mehr langfristig nachhaltiger Entwicklungshilfe im Anschluss an die Linderung der ärgsten Not auch umgesetzt wird. Mitleid und Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen sind wunderbar, doch können sich diese Gefühle früher oder später wieder verflüchtigen, sobald es keine Fernsbilder mehr aus diesen Regionen gibt. Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) appellieren an dieser Stelle vehement, auf das tägliche Leid derjenigen Menschen, die nicht in den Medien präsent sind, nicht zu vergessen. Um nur ein Beispiel zu nennen: weltweit sterben 30.000 Kinder an vermeidbaren Krankheiten. Täglich! (Human Development Report 2003 der Vereinten Nationen). Das Leid der Einen darf nicht gegen das Leid der Anderen ausgespielt werden und Politikentscheidungen dürfen nicht nach Medienattraktivität gefällt werden.

### **Kampf gegen weltweite strukturelle Armut notwendig**

Was wir hingegen brauchen, ist der weltweite und kontinuierliche Kampf gegen die Armut, der im Jahr 2000 durch die Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele durch die Vereinten Nationen begonnen wurde. Ziel ist es, die absolute Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Dazu braucht es nicht nur ein gerechtes Weltwirtschaftssystem sondern auch mehr Entwicklungszu-

sammenarbeit: 0,7% des BNE als Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit ist die einzige Möglichkeit, den Wiederaufbau in den betroffenen Ländern für die nächsten Jahre zu sichern und die entwicklungspolitischen Herausforderungen, wie sie sich in vielen Regionen der Welt seit Jahrzehnten stellen, voranzubringen. Das Aufbringen zusätzlicher Mittel anlässlich der Flutkatastrophe wäre auch eine Chance für Österreich, einen echten Schritt in Richtung 0,7% zu tun. Denn Katastrophen haben in den armen Ländern aufgrund der schwachen Infrastruktur oftmals verheerendere Auswirkungen als in reichen Ländern.

### **2005 – Jahr der Weichenstellung um die extreme Armut zu besiegen?**

In den Entwicklungsländern geht es darum, die strukturelle Armut zu bekämpfen, damit alle Menschen über ausreichend Nahrung und sauberes Trinkwasser verfügen und Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildung haben. Im September 2005 steht die Überprüfung der bisherigen Fortschritte beim Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele im Rahmen einer UN-Konferenz an. Die Regierungen der Industrieländer könnten dabei Geschichte machen, wenn sie 0,7% des BNE für Entwicklungshilfe bereitstellen, weitere Entschuldungen durchführen und sich für ein faires Weltwirtschaftssystem einsetzen. Auch Österreich ist gefordert: Es braucht für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele eine substanzielle Erhöhung der öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, mit dem Ziel, die vor mehr als 30 Jahren zugesagten 0,7% des BNE bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Denn 2003 rangierte Österreich als viertreichstes Land der EU mit nur 0,2% an vorletzter Stelle der EU-"Geber"länder.

Rückfragen richten Sie bitte an:

Mag. Elfriede Schachner, AGEZ-Geschäftsführerin

Tel: 01/317 40 16 oder 0699 107 66 216; [www.agez.at](http://www.agez.at)